



DAHAG Rechtsservices AG

Nürnberg

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

1.1 Grundlagen des Unternehmens

1.1.1 Geschäftsmodell des Unternehmens

Die DAHAG Rechtsservices AG (im Folgenden auch kurz „DAHAG“) mit Sitz in Nürnberg ist ein technischer Systemanbieter, der Partnerkanzleien und Ratsuchende zusammenbringt und Serviceleistungen für Anwälte, Rechtsschutzversicherer im Geschäftsbereich B2B und Endkunden im Geschäftsbereich B2C erbringt.

Die Gründer der DAHAG Rechtsservices AG konzipierten 2002 ein technisches System, über welches selbstständige Partnerkanzleien telefonische Rechtsberatung erbringen können. Heute, 20 Jahre später, arbeiten rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 1.200 Quadratmetern zusammen. Neben der hochkomplexen Steuerungssoftware für die telefonische Rechtsberatung betreibt die DAHAG zwischenzeitlich unter anderem auch Systeme für anwaltliche Rechtsberatung per E-Mail und Chat sowie spezielle Systeme für Fallverwaltung und Falldokumentation für die teilnehmenden Kanzleien. Damit hat sich die DAHAG zu einem der marktführenden Legal Tech-Unternehmen Deutschlands entwickelt.

1.1.2 Forschung und Entwicklung

Die DAHAG betreibt Forschung und Entwicklung im Bereich eigener neuer IT-Systeme im Rechtsdienstleistungsbereich.

1.2 Wirtschaftsbericht

1.2.1 Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Als besonders relevant für den B2B-Geschäftsbereich der DAHAG ist die Entwicklung am deutschen Rechtsschutzmarkt. Für diesen war 2022 ein weiteres gutes Jahr. So wuchsen gemäß dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft [GDV] die Beiträge um +3,0 % auf 4,7 Milliarden EUR, während die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge um +1,0 % zulegte. Beide Werte lagen zwar trotz der Polykrise über den ursprünglichen Erwartungen, aber das Beitragswachstum ist mehrheitlich auf Preiserhöhungen zurückzuführen. Weiterhin konnten nahezu alle Marktteilnehmer eine deutliche Verbesserung ihrer Schaden-/Kostenquote aufweisen, was sich in signifikant höheren versicherungstechnischen Ergebnissen äußert. Gemäß GDV beträgt diese für den Markt nun 96,0 % nach 98,2 % im Vorjahr. Dies ist aber auch auf die partielle Auflösung von in den Vorjahren gebildeten Rücklagen zurückzuführen, die aufgrund der Dieselgate-Affäre und der 2021er Reform des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes aufgebaut wurden. Für 2023 erwartet der GDV ein nur leichtes Beitragswachstum für den Rechtsschutz, der hierfür innerhalb der Schaden-/Unfallversicherungssparte am unteren Ende rangiert.

1.2.2 Geschäftsverlauf und Lage

1.2.2.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 stiegen die Umsatzerlöse um +12,0 % zum Vorjahr.

Das Rohergebnis stieg um +11,8 % auf 11.183,6 TEUR.

Aufgrund einer hohen Anzahl an Neueinstellungen in der Zentrale und inflationsbedingten Gehaltsanpassungen sowie Bonusauszahlungen stieg der Personalaufwand um +18,4 % auf 4.841,9 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um +12,3 % auf 1.038,0 TEUR. Die liquiden Mittel belaufen sich auf 2.474,2 TEUR (V. 2.332,2) und nehmen 35,9 % der Bilanzsumme ein (V. 34,0 %). Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 3.940,3 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um -41,8 % auf 597,0 TEUR. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Die Finanzlage kann als stabil bezeichnet werden.

1.2.2.2 Vermögenslage

Das Eigenkapital ist um +5,0 % gewachsen. Die Eigenkapitalquote steigt aufgrund des Abbaus von Verbindlichkeiten und Rückstellungen um 2,8 Prozentpunkte auf 66,1 %.



Die Bilanzsumme blieb gegenüber dem Vorjahr mit +0,5 % auf 6.884,7 TEUR nahezu unverändert.

Die wesentlichen Posten der Aktiva sind das Anlagevermögen mit 2.207,5 TEUR (-3,2 % im Vergleich zum Vorjahr), die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 1.696,5 TEUR (-5,7 %) und die Guthaben bei Kreditinstituten mit 2.474,2 TEUR (+6,1 %).

Die sonstigen Rückstellungen stiegen um +4,8 % auf 405,7 TEUR. Die Steuerrückstellungen wurden aufgrund des höheren Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr höher angesetzt und stiegen daher um +871,7 % auf 106,0 TEUR. Neben dem deutlichen Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 15,0 % auf 8,7 % der Bilanzsumme erhöhen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 965,6 TEUR (V. 835,1 TEUR), während die sonstigen Verbindlichkeiten um +10,4 % auf 179,8 TEUR stiegen.

1.2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind die Umsätze sowie das Ergebnis vor Zinsen und Steuern.

Die Jahresumsatzerlöse lagen mit +12,0 % deutlich über dem Vorjahreswert. Der Hauptanteil stammt aus dem B2B-Geschäft. Hier stiegen die Erlöse um +13,6 %. Im Geschäftsbereich B2C ist ein negatives Wachstum von -18,4 % zu verzeichnen, was den initialen Erwartungen für das Geschäftsjahr allerdings entspricht und sich mit dem geplant wachsenden Schwerpunkt auf den B2B-Bereich begründet.

Der Jahresüberschuss stieg um +6,7 % auf 3.450,2 TEUR.

1.2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren sind insbesondere die über die Systeme der DAHAG durchgeführten Fälle in der jeweiligen Produktkategorie. So konnten im Jahr 2022 u.a. 665.056 Fälle in der B2C- und B2B-Telefonberatung abgeschlossen werden. Die technische und organisatorische Vermittlung von anwaltlicher Telefonberatung ist der zentrale Service der DAHAG.

1.2.5 Gesamtaussage

In 2022 konnte die DAHAG aufgrund des organischen Nachfragewachstums in nahezu allen Servicebereichen und durch Preiserhöhungen einen Umsatzanstieg leicht oberhalb der Erwartungen realisieren. Trotz der durch die Polykrise ausgelösten Inflation und entsprechender, notwendiger Anpassungen u.a. bei den Lohnkosten lag das Ergebnis vor Steuern und Zinsen erwartungsgemäß oberhalb des Vorjahres.

1.3 Zweigniederlassungsbericht

Die DAHAG besitzt keine Zweigniederlassung.

1.4 Eigene Aktien

Auf die Ausführungen im Anhang zu den eigenen Aktien wird verwiesen.

1.5 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die DAHAG eine steigende Nachfrage in einigen Servicebereichen, die sich aber teils weniger dynamisch als im Vorjahr entwickelt. In Kombination mit weiteren notwendigen Preiserhöhungen ist mit einem Umsatzwachstum im höheren einstelligen Prozentbereich zu rechnen. Aufgrund insbesondere weiterer Forderungen seitens der teilnehmenden Partnerkanzleien hinsichtlich des Partnerkanzlei-Honorars wird aber mit einem knapp zweistelligen Anstieg der Kostenbasis gerechnet. Daher ist davon auszugehen, dass das Ergebnis vor Steuern und Zinsen in 2023 auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

1.6 Chancen- und Risikobericht

1.6.1 Risikobericht

Der Eindruck, dass die COVID-19-Krise sich nicht als Risiko, sondern als Chance verwirklicht hat, hat sich in 2022 weiter verfestigt. Die Nachfrage nach Rechtsberatung ist durch die Auswirkungen der Pandemie scheinbar nachhaltig gestiegen, da sie zu einer Verhaltensänderung seitens der Rechtsschutzversicherten geführt hat. Aufgrund der dezentralen Natur des Partnerkanzlei-Netzwerkes wäre bei weiteren Pandemien die Leistungsfähigkeit unserer Dienste nicht so stark gefährdet wie bei lokal organisierten Dienstleistern.

Der Bereich von Rechtsdienstleistungen, anwaltlichem Berufsrecht und Versicherungsrecht/BaFin ist hoch reguliert. Veränderungen in diesen Segmenten können erhebliche Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der DAHAG haben. So betreiben die Rechtsschutzversicherungen über ihren Branchenverband aktuell verstärkt Lobbyarbeit, um den Gesetzgeber zu überzeugen, dass RSV in beschränktem Maße auch selbst Rechtsdienstleistungen erbringen dürfen. Dies wäre eine schwere Bedrohung für das Hauptgeschäftsfeld der DAHAG. Allerdings sind derzeit keinerlei Tendenzen des Gesetzgebers erkennbar, diesem Wunsch zu folgen.

Durch stagnierende Zulassungszahlen und eine hohe Auslastung der Anwaltschaft ist die Gewinnung neuer selbstständiger Partnerkanzleien zur Teilnahme seit 2018 deutlich erschwert. Dies behindert das Wachstum in manchen Servicebereichen. Dieser Anwaltsmangel trifft aber auch die direkten Mitbewerber, die aufgrund ihres auf Präsenz ausgerichteten Geschäftsmodells teils noch größere Schwierigkeiten haben, dem entgegenzuwirken. Nach aktueller Einschätzung ist die Lage zwar angespannt, aber wir können - auch auf Kosten steigender Honorare - ausreichende Ressourcen aktivieren.

1.6.2 Chancenbericht



Es ist davon auszugehen, dass der verstärkte Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz dazu führen wird, dass mittel- bis langfristig die anwaltliche Arbeit generell erleichtert werden wird, so dass mit einer allgemeinen Produktivitätssteigerung der Anwaltschaft zu rechnen ist. Die DAHAG verfügt diesbezüglich über viele nutzbare Daten, die als Basis zur Entwicklung eines eigenen KI-Modells dienen können. Somit befindet sich die DAHAG in einer guten Startposition, selbst Anbieter von leistungsfähigen, juristischen KI-Systemen zu werden. Ob das finanzielle Geschäftsmodell solcher KI-Systeme allerdings ebenso tragfähig sein wird wie das des bisherigen, kann allerdings noch nicht abgeschätzt werden. Weiterhin könnten stärker oder rein auf KI-Produkte fokussierte Drittanbieter relevante oder gar bedrohliche Wettbewerber der DAHAG werden.

Aufgrund der kontinuierlichen Entwicklung von u.a. Machine Learning-gestützten Systemen ist die DAHAG nun an einer Stelle, an der diese Systeme sinnvoll in eine digitale Steuerungskette und damit auch zu einem breit vermarktbareren Rechtsschutz-Service im Bereich der Telefonberatung verknüpft werden können. Dies eröffnet der DAHAG die Chance zu weiterem Geschäftsvolumen. Weiterhin kann die digitale Steuerungskette bzw. die Automatisierung diverser administrativer Prozessschritte zur Entlastung von Partnerkanzleien, DAHAG- und Rechtsschutz-Mitarbeitern stark beitragen, so dass eine bessere Zeitressourcen-Nutzung gegeben wäre.

1.6.3 Gesamtaussage

Generell zeigt die Erfahrung der letzten 20 Jahre: Krisenzeiten, die die normale Wirtschaft und auch die Versicherungswirtschaft belasten, sind für die DAHAG wirtschaftlich eher gute Zeiten. Denn wenn viele Menschen - auch juristische - Unsicherheit verspüren, wächst die Nachfrage nach einfach und schnell zugänglicher Rechtsberatung, sei es telefonisch oder zunehmend digital.

Der strukturell hohe Kostendruck auf die Rechtsschutzversicherer verstärkt deren Aktivitäten der aktiven Schadensteuerung in genau die Bereiche, die die DAHAG anbietet.

Eine Herausforderung für alle Marktteilnehmer wird in den nächsten Jahren der sich verschärfende Mangel an Juristen und Rechtsanwältinnen darstellen. Diesem ist mit attraktiven Bedingungen bei der Mandatsbearbeitung, hochentwickelten IT-Systemen zur effektiven Fallbearbeitung und marktgerechten Honoraren zu begegnen, welche allerdings wiederum höhere Preise oder Rechtsschutz-Beiträge nach sich ziehen.

In der strategischen Gesamtschau sehen wir die DAHAG durch ihre starke Diversifizierung bei den B2B-Auftraggebern, ihren wettbewerbsfähigen B2B- und B2C-Serviceleistungen, der oft langjährigen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit einer großen Anzahl selbstständiger Kanzleien, ihrer erheblicher Erfahrung und eigener Ressourcen für spezialisierte IT-Systeme sowie einer soliden Finanzlage für die kommenden Herausforderungen gut aufgestellt. Dies gilt auch für den sich dynamisch entwickelnden Bereich von KI-Anwendungen.

Nürnberg, 21. Juni 2023

DAHAG Rechtsservices AG

gez. Johannes Goth

gez. Christian Ulshöfer

gez. Jonas Zimmermann, www.dahag.de

Bilanz

Aktiva

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen	2.207.473,78	2.279.942,67
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	82.425,13	122.011,13
II. Sachanlagen	2.125.048,65	2.157.931,54
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.910.549,54	1.930.491,54
2. technische Anlagen und Maschinen	107.363,00	112.196,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	97.438,00	106.244,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.698,11	9.000,00



	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
B. Umlaufvermögen	4.657.264,81	4.556.399,96
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.183.043,30	2.224.195,60
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	182.108,64	217.141,75
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.474.221,51	2.332.204,36
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.948,39	15.923,32
Aktiva	6.884.686,98	6.852.265,95
Passiva		
	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	4.552.292,14	4.335.102,23
I. ausgegebenes Kapital	68.250,00	68.250,00
1. Gezeichnetes Kapital	75.000,00	75.000,00
2. eigene Anteile	-6.750,00	-6.750,00
II. Kapitalrücklage	106.840,00	106.840,00
III. Gewinnrücklagen	926.758,62	926.758,62
IV. Bilanzgewinn	3.450.443,52	3.233.253,61
davon Gewinnvortrag	3.233.253,61	3.196.577,15
B. Rückstellungen	511.775,66	398.045,46
C. Verbindlichkeiten	1.820.069,18	2.069.366,68
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	596.954,08	1.025.360,62
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	247.775,04	238.334,55
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	349.179,04	787.026,07
2. sonstige Verbindlichkeiten	1.223.115,10	1.044.006,06
davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.223.115,10	1.044.006,06
D. Rechnungsabgrenzungsposten	550,00	49.751,58
Passiva	6.884.686,98	6.852.265,95

Gewinn- und Verlustrechnung



	1.1.2022 - 31.12.2022	1.1.2021 - 31.12.2021
	EUR	EUR
1. Rohergebnis	11.183.568,75	9.999.842,09
2. Personalaufwand	4.841.949,48	4.088.600,96
a) Löhne und Gehälter	4.028.643,00	3.519.895,33
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	813.306,48	568.705,63
davon für Altersversorgung	1.066,89	1.214,90
3. Abschreibungen	192.155,87	191.444,14
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	192.155,87	191.444,14
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.037.982,99	924.670,20
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.766,62	1.972,52
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.544,15	22.824,11
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.643.033,94	1.536.991,14
8. Ergebnis nach Steuern	3.454.668,94	3.237.284,06
9. sonstige Steuern	4.476,19	4.460,10
10. Jahresüberschuss	3.450.192,75	3.232.823,96
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	3.233.253,61	3.196.577,15
12. Ausschüttung	3.233.002,84	3.196.147,50
13. Bilanzgewinn	3.450.443,52	3.233.253,61

Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die DAHAG Rechtsservices AG hat ihren Sitz in Nürnberg. Sie ist im Handelsregister am Amtsgericht Nürnberg unter B 24658 eingetragen.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der DAHAG Rechtsservices AG wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes in Euro aufgestellt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Die Größenklassen zur mittelgroßen Kapitalgesellschaft wurden das dritte Jahr in Folge überschritten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennbetrag angesetzt und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Die flüssigen Mittel wurden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennbetrag ausgewiesen.

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bemessen und mit dem Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen bewertet.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten Steuern.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Angaben zur Bilanz

Brutto-Anlagenpiegel

Die Aufgliederung und Entwicklung der Anlagenwerte ist aus dem Anlagenpiegel zu entnehmen.

Geschäftsjahresabschreibung

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem Anlagenpiegel zu entnehmen.

Die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wird als Zugang und Abgang ausgewiesen. Die Geschäftsjahresabschreibung enthält damit diese Beträge nicht.

Der Betrag der in den kumulierten Abschreibungsbeträgen nicht enthaltenen Sofortabschreibungen beläuft sich auf EUR 11.853,88.

Anlagenpiegel

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	417.730,79	41.527,21		459.258,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	417.730,79	41.527,21		459.258,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.104.649,34	9.278,79		2.113.928,13
2. Technische Anlagen und Maschinen	380.918,16	49.529,13	55.153,94	375.293,35
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	206.073,04	19.081,87	11.853,88	213.301,03
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.000,00	698,11		9.698,11



	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2022 EUR
Summe Sachanlagen		78.587,90	67.007,82	2.712.220,62
Summe Anlagevermögen	3.118.371,33	120.115,11	67.007,82	3.171.478,62

	kumulierte Abschreibung 01.01.2022 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	295.719,66	81.113,21		376.832,87
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	295.719,66	81.113,21		376.832,87
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	174.157,80	29.220,79		203.378,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	268.722,16	53.934,00	54.725,81	267.930,35
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.829,04	27.887,87	11.853,88	115.863,03
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0			0
Summe Sachanlagen	542.709,00	111.042,66	66.579,69	587.171,97
Summe Anlagevermögen	838.428,66	192.155,87	66.579,69	964.004,84

		Buchwert EUR	Buchwert EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		82.425,13	122.011,13
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		82.425,13	122.011,13
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		1.910.549,54	1.930.491,45
2. Technische Anlagen und Maschinen		107.363,00	112.196,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		97.438,00	106.244,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		9.698,11	9.000,00
Summe Sachanlagen		2.125.048,65	2.157.931,54
Summe Anlagevermögen		2.207.473,78	2.279.942,67

Eigenkapital



Das Grundkapital von EUR 75.000,00 ist eingeteilt in 75.000 Stückaktien von je EUR 1,00.

Es handelt sich um vinkulierte Namensaktien.

Die Gesellschaft hält 6.750 Stückaktien zu je EUR 1,00 selbst. Der auf sie entfallende Betrag des Grundkapitals beträgt EUR 6.750,00 und nimmt einen Anteil am Grundkapital von 9 % ein. Der Erwerb der eigenen Anteile erfolgte mit Kaufvertrag vom 23. August 2018 entsprechend § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG.

Die Kapitalrücklage enthält mit EUR 96.840,00 einen Betrag nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Im Posten sonstige Rückstellungen sind die nachfolgenden nicht unerheblichen Rückstellungsarten enthalten. Tantieme Vorstand EUR 89.832,66, Gewinnbeteiligung Mitarbeiter EUR 206.900,00,

Vergütung Aufsichtsrat EUR 20.000,00, Resturlaubsansprüche Arbeitnehmer EUR 50.500,00 und Rückstellung für die Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses EUR 38.500,00.

Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre und der Sicherungsrechte

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren beträgt EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00).

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, beträgt 594.246,15 EUR.

Die nachfolgenden Sicherungsarten und Sicherungsformen sind mit den Verbindlichkeiten verbunden:

Das Darlehen Volksbank Raiffeisenbank Nürnberg eG hat zum Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von 3 Jahren und ist mit einer vollstreckbaren Buchgrundschuld an dem Objekt Am Plärrer 7 und Zufuhrstraße 2, Nürnberg, gesichert.

Das Darlehen Sparkasse Nürnberg hat zum Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von 4 Jahren und ist mit vollstreckbarer Buchgrundschuld an dem Objekt Am Plärrer 7 und Zufuhrstraße 2, Nürnberg, gesichert. Als weitere Sicherheit dienen 7.500 Inhaberaktien an der Gesellschaft.

Angabe zu Restlaufzeitvermerken

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr beträgt 182.108,64 EUR (Vorjahr: 217.141,75 EUR).

Der Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr beträgt EUR 1.470.890,14 (Vorjahr: EUR 1.282.340,61).

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Aktive latente Steuern wurden nicht ausgewiesen. Hier wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die Anzahl der durchschnittlich im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter betrug 103 (Vorjahr 95).

Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs gehörten die folgenden Personen dem Vorstand an:

Herr Johannes Goth ausgeübter Beruf: Vorstand

Herr Christian Ulshöfer ausgeübter Beruf: Vorstand

Herr Jonas Zimmermann ausgeübter Beruf: Vorstand

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Personen an:

Herr Arne Hostrup ausgeübter Beruf: Unternehmer

Herr Alexander Keller ausgeübter Beruf: Rechtsanwalt

Herr Reinhold Gleichmann ausgeübter Beruf: Rechtsanwalt

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates war im Geschäftsjahr Herr Arne Hostrup; Stellvertreter Herr Alexander Keller.



Vergütungen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 562.856,40 EUR.

Die Aufsichtsrats Tätigkeiten wurden mit 20.000,00 EUR vergütet.

Gewährte Vorschüsse und Kredite an den Vorstand:

Gegenüber dem Vorstand Herrn Jonas Zimmermann bestand eine Darlehensforderung in Höhe von EUR 105.560,00. Das Darlehen wird mit jährlich 13.000,00 getilgt und mit 1,5% p.a. verzinst.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 3.450.192,75 EUR.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 30.06.2023 vor, den Bilanzgewinn in Höhe von EUR 3.450.443,52 für die Ausschüttung einer Dividende von EUR 50,55 je dividendenberechtigter Stückaktie zu verwenden.

Bericht des Aufsichtsrats der DAHAG Rechtsservices AG für das Geschäftsjahr 2022

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 die ihm durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben wahrgenommen und sich sowohl in Sitzungen als auch in Einzelbesprechungen /-telefonaten durch den Vorstand über die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst. Ferner hat der Vorstand dem Aufsichtsrat aus sonstigen wichtigen Anlässen berichtet. Darüber hinaus fanden Einzelgespräche von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Vorstand oder einzelnen Vorstandsmitgliedern statt.

Gegenstände der regelmäßigen mündlichen und schriftlichen Berichterstattungen des Vorstandes waren neben der Gesamtlage des Unternehmens auch Einzelfragen von größerer Bedeutung. Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens sowie die Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage waren ständige Schwerpunkte der Überwachung und von Beratungen. Sonderberichte des Vorstandes nach § 90 Abs. 3 AktG zu wichtigen Geschäftsaktivitäten wurden vom Aufsichtsrat nicht erbeten.

Im Geschäftsjahr 2022 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt: Am 24.06.2022 (Online-Meeting), am 27.06.2022 (Präsenzmeeting) sowie am 24.11.2022 (Online-Meeting). Die im Jahr 2022 bestellten Aufsichtsratsmitglieder Hostrup, Keller und Gleichmann haben an der zweiten und dritten Sitzung teilgenommen. An der ersten Sitzung hat das Aufsichtsratsmitglied Keller entschuldigt nicht teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 keine Ausschüsse gebildet. Alle Themen wurden im Plenum des Aufsichtsrats beraten und entschieden. Schwerpunkt der Tätigkeit des Aufsichtsrats war die Überwachung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Gesellschaft.

Der gemäß den deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht der DAHAG Rechtsservices AG für die Zeit vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 wurde von der Steinacker Müller Dehner Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Erlangen, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind dem Aufsichtsrat gemäß § 170 AktG der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 23.06.2023 versehene Jahresabschluss zum 31.12.2022 sowie der Lagebericht vorgelegt worden. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der entsprechende Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrates somit rechtzeitig vorgelegen. Diese Unterlagen wurden vom Aufsichtsrat ausgiebig geprüft und in seiner Bilanzsitzung am 27.06.2023 erörtert. Der Abschlussprüfer hat an dieser Online-Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und seinen Prüfungsbericht erläutert und Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrates beantwortet. Den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Rahmen seiner Aufsichtsratsitzung vom heutigen Tage wurde der Jahresabschluss durch den Vorstand erläutert und Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrates beantwortet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss für die DAHAG Rechtsservices AG geprüft und beraten. Er hat dabei folgende Feststellungen in der heutigen Präsenzsitzung getroffen:

(1) Eigenkapital und Jahresüberschuss



Im Jahresabschluss wird neben einem ausgegebenen Kapital von Euro 68.250,00, einer Kapitalrücklage von Euro 106.840,00 und anderen Gewinnrücklagen von Euro 926.758,62 ein Bilanzgewinn von Euro 3.450.443,52 ausgewiesen. Das Eigenkapital ist um +5% auf Euro 4.552.292,14 gewachsen. Die Eigenkapitalquote steigt, i.W. aufgrund des Abbaus von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, um 2,8 Prozentpunkte auf 66,1 %.

(2) Wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gesellschaft

Die Gesamtentwicklung des Unternehmens stellt sich weiterhin sehr positiv dar. Sowohl Umsatz (+12,0 %) als auch Ergebnis (+6,7 %) konnten ggü. dem Vorjahr gesteigert werden. Die Umsatzerlöse konnten, nach einem leichten Rückgang im Geschäftsjahr 2021, sogar über das Niveau des durch die COVID-19-Situation außerordentlichen Geschäftsjahres 2020 gesteigert werden. Die Steigerung ist sowohl auf durchgeführte Preiserhöhungen als auch auf organisches Wachstum im Bereich der B2B-Produktkategorien zurückzuführen.

Die Umsatzrentabilität nach Steuern hat sich gegenüber dem Vergleichsjahr 2021 um 1,1 Prozentpunkte auf 22,1 % verringert. Trotz der durchgeführten Preiserhöhungen konnten die höheren Aufwände im Bereich der Personalkosten und der Vergütungen für die Kooperationsanwälte nicht vollumfänglich weitergegeben werden.

Die Bilanzsumme blieb gegenüber dem Vorjahr mit 6.884,7 TEUR (+0,5 %) nahezu unverändert. Das Anlagevermögen ist durch Abschreibungen um 73 TEUR gesunken. Das Umlaufvermögen konnte um 101 TEUR gesteigert werden, hier i.W. durch eine Erhöhung der liquiden Mittel um 142 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch plangemäße Tilgungen um 428.406,54 EUR auf 596.954,08 EUR reduziert.

Angesichts zum 31.12.2022 zur Verfügung stehender liquider Mittel von Euro 2.474.221,51, des soliden Bilanzbildes und auch in 2023 gemessen an Umsatz, Liquidität und Ergebnis fortgesetzten positiven Entwicklung bestehen seitens des Aufsichtsrates keine Bedenken gegen eine substantielle Ergebnisauskehrung an die Aktionäre.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er hat den vorliegenden Jahresabschluss der DAHAG Rechtsservices AG zum 31.12.2022 durch Beschlussfassung am heutigen Tage gebilligt, der somit gem. § 172 AktG festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem nachfolgenden Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes an:

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von Euro 3.450.443,52 wird für die Ausschüttung einer Dividende von Euro 50,55 je dividendenberechtigter Stückaktie (68.250 Stück), insgesamt also in Höhe von Euro 3.450.037,50 verwendet. Der sich ergebende rundungsbedingte Restbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Aufsichtsrat spricht den Vorstandsmitgliedern Johannes Goth, Christian Ulshöfer und Jonas Zimmermann für ihren Einsatz und ihre Leistungen im Geschäftsjahr 2022 Dank und Anerkennung aus. Der Dank gilt insbesondere auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Dieser schriftliche Beschluss dient gleichzeitig als Beschlussprotokoll.

Nürnberg, den 30. Juni 2023

gez. Arne-G. Hostrup, Vorsitzender des Aufsichtsrats

gez. Reinhold Gleichmann, Aufsichtsrat

gez. Alexander Keller, Aufsichtsrat

sonstige Berichtsbestandteile

Unterschriften der Geschäftsführung

Nürnberg, 21. Juni 2023

DAHAG Rechtsservices AG

Der Vorstand

gez. Johannes Goth

gez. Christian Ulshöfer

gez. Jonas Zimmermann



Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 30.06.2023 festgestellt.

Der Bestätigungsvermerk

An die DAHAG Rechtsservices AG

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DAHAG Rechtsservices AG - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DAHAG Rechtsservices AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.



Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Erlangen, 23. Juni 2023

Steinacker Müller Dehner Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Dr. Jörg Steinacker, Wirtschaftsprüfer